

Staatsfinanzielle Friedensaufgaben.

Von Max Feilchenfeld.

Präsident der Niederösterreichischen
Eskomptgesellschaft.

Wien, 23. Dezember.

Das hochherzige Friedensangebot der verbündeten Mittelmächte hat der Entwicklung des Krieges eine neue Wendung gegeben. Seit dem 12. Dezember, dem Tage, an dem das Friedensangebot Oesterreich-Ungarns und Deutschlands erfolgte, hat die Welt gleichsam ein anderes Gesicht bekommen. Die frühere volle Ausichtslosigkeit auf eine baldige Beendigung des mörderischen Krieges beginnt zu schwinden. Nach zweieinhalbjährigem Ringen der Völker erscheint der Friede als ein mögliches Ziel, dem wir allmählich näher kommen. Gerade die Aufnahme, die unsere schlichten Vorschläge in der serbischen Presse gefunden haben, beweist, wie sehr sie einen Schutz ins Schwarze getan und den Lebensnerve der Völker getroffen haben. Der Friede und seine Bedingungen sind vom Sieger auf die Tagesordnung gestellt und werden nicht mehr aus der Erörterung verschwinden. Schien vor einem Jahre ein solches Ziel noch in nebelhafter Ferne, so ist es jetzt zulässig und sogar geboten, bereits die Möglichkeiten einer Wiederherstellung normaler Zustände nach den furchtbaren Zerstörungen zu erörtern.

Die staatsfinanziellen Probleme werden im Vordergrund stehen und ihre Lösung wird die größten Schwierigkeiten bieten. Ueber unklare Vorstellungen und vage Befürchtungen, wie die Monarchie die Folgen des Krieges zu bewältigen vermag, braucht nicht weiter gesprochen zu werden. Die Last ist drückend und schwer, aber unsere Schultern sind kräftig genug, sie zu tragen. Die Kriegskosten haben einen erheblichen Teil des Volkvermögens aufgezehrt, und es wird viele Jahre dauern, bis der Zustand früherer Wohlhabenheit und vollständiger Konsolidierung in den gleichen Schichten, in denen er vor dem Kriege bestand, wieder erreicht werden wird. Wir befinden uns jedoch in der Gesellschaft aller europäischen Staaten, die sämtlich, soweit sie in den Krieg eingetreten sind, ihre Staatsschulden in der ungeheuersten Weise steigern mußten. Der Krieg hat in dieser Richtung den Abstand, der uns von den reichsten Ländern trennte, nicht vergrößert, sondern im Gegenteil eher etwas verringert. Das reiche England wird ebenso schwer zu leiden haben wie das ärmere Deutschland und unsere Monarchie; bei einer Berechnung der künftigen Belastung und Verschuldung auf den Kopf der Bevölkerung werden wir nicht schlechter abschneiden als die übrigen Großmächte. Die Sorgen für die Unterbringung der Anleihen und die Verzinsung der Staatsschuld werden bei uns kaum größer sein als in irgendeinem der anderen Länder. Ja, ich wage die Behauptung, daß die Einrenkung der Staatsfinanzen sich bei uns verhältnismäßig leichter vollziehen wird als beispielsweise in Frankreich, wo die Bevölkerung bisher ganz ungewohnt war, zu den Lasten des Staates mit zureichenden direkten Steuern beizutragen.

Die Aufgaben, die in staatsfinanzieller Richtung zu lösen sein werden, sind dreifacher Natur. Ich darf wohl vorausschicken, daß niemand in Oesterreich und Ungarn an der Einhaltung der Verpflichtungen des Staates auch nur im geringsten zweifelt. Couponkürzungen, eine Herabsetzung des Renteneinkommens sind ganz veraltete Mittel, mit denen der moderne Staat in der reichsten Entfaltung seiner Steuertechnik längst ausgerüstet hat. Der Coupon der Kriegsanleihen und Renten ist absolut und für alle Zeiten gesichert, eine Zwangskonversion ist ausgeschlossen und wird niemals erfolgen, die Besitzer der Kriegsanleihen können vielmehr mit Bestimmtheit auf die Einhaltung der Verpflichtungen des Staates, auf Kapital und Zinsen rechnen. Diese Zuversicht ist auch die feste Grundlage unseres Kredits. Sie hat bewirkt, daß in fünf Kriegsanleihen vom heimischen Kapital beider Staaten der Monarchie über 25 Milliarden Kronen aufgebracht wurden und daß auch noch weitere Bedürfnisse aus der gleichen Quelle gedeckt werden dürften. Diese imponierende Kraftprobe wird auch, namentlich wenn wir nach dem Frieden mit Ernst und Entschiedenheit an die Herstellung des Selbstwertes gehen, unserem Kredit im Auslande außerordentlich zugute kommen, so daß wir in der Lage sein werden, auswärtige Anleihen, welche für die Beschaffung der Rohstoffe und die Regenerierung der Wechselkurse unbedingt nötig sind, an den fremden Plätzen in zureichender Menge und zu annehmbaren Bedingungen zu erlangen.

Das oberste Bestreben muß auf die Herstellung des Gleichgewichtes im Budget gerichtet sein. Im Kriege wurde bei uns kein Budget veröffentlicht, was aber privat verlautet, läßt erkennen, daß die Steuerkraft der Bevölkerung auch im Kriege nicht erschüttert wurde, daß die Steuern regelmäßig und reichlich eingingen und daß die normale Gebahrung des Staates, wenn man von den Auslagen für den Krieg naturgemäß abzieht, keinen wesentlichen Rückschlag erlitten haben dürfte. Gleichwohl werden die Lasten der Zukunft ungemein bedeutend sein. Aus den Mitteilungen der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates und aus den jüngsten Reden des ungarischen Finanzministers sind die Kriegskosten der Monarchie mit fast ziffermäßiger Deutlichkeit zu erkennen. Der bei weitem größte Teil wurde durch Kriegsanleihen konsolidiert, nicht unerhebliche Summen sind aber auch noch in Krediten bei der Notenbank und den privaten Geldinstituten vorläufig offen geblieben. Aus den Angaben über die Kriegskosten und Kriegsschulden ist zu entnehmen, daß die Staatswirtschaft der Zukunft — immer vorausgesetzt, daß der Krieg im Laufe des nächsten Jahres sein Ende erreicht — mit einer Jahreslast von mindestens zwei Milliarden Kronen regelmäßiger staatlicher Mehrausgaben zu rechnen haben wird. Hierunter wären die Verzinsung der Kriegsschulden, die Kosten der Wiederherstellung und der Invalidenversorgung unbegriffen. Schon im Kriege wurden Steuern eingeführt und bestehende Abgaben erhöht, welche mehr als 35 Prozent dieses Gesamtbedarfs (über drei Viertelmilliarden Kronen)

jährlich decken. Es wird dann noch ein Rest von etwa einundeinviertel Milliarden Kronen aufzubringen sein. Die Beschaffung solcher Summen wird die Steuertechnik und Finanzkunst künftiger Regierungen beschäftigen. Es ist nicht meine Aufgabe, an dieser Stelle Vorschläge zu machen und neue Steuern zu entwerfen; das werden die Finanzverwaltungen schon selber in ausreichender Menge besorgen, darum ist mir gar nicht bange, denn im Zugreifen war man in Oesterreich, namentlich soweit das bewegliche Kapital in Betracht kam, niemals schüchtern. Ich zweifle jedoch keines Augenblicks, daß das Problem nach einigen Jahren des Ueberganges wirklich gelöst werden wird. Die Steuerkraft der Bevölkerung ist stark genug, um auch so riesige Beträge durch Monopole, Erhöhung bestehender und Einführung neuer direkter und indirekter Steuern restlos zu beschaffen. Man darf in dieser Richtung auch nicht engherzig sein und sich nicht etwa auf die Verzinsung der Kriegsanleihen beschränken wollen, denn eine der dringendsten Aufgaben wird die baldige Rückzahlung der Vorschüsse bei der Notenbank bilden. Die niedrige Verzinsung von einem Prozent, die für diese zu leisten ist, darf von der Tilgung dieser Schulden nicht abhalten, denn diese ist eine Lebensfrage für die künftige Ordnung des Geldwesens, für die Wiederherstellung eines elastischen Notenumlaufes, für die Besserung der Währung. Selbstverständlich können die in großer Menge ausgegebenen Noten nicht von einem Tage zum anderen aus dem Umlaufe gezogen werden. Nach dem Deutsch-französischen Krieg hat es neun Jahre gedauert, bis die Notenzirkulation der Bank von Frankreich auf den normalen Stand gebracht war. Aber die Aufgabe ist wichtig und unaufschiebbar und wird mit Ernst und Energie sofort nach dem Friedensschlusse in Angriff genommen werden müssen.

Die Höhe des Notenumlaufes in Oesterreich-Ungarn ist offiziell nicht bekanntgegeben worden, weil die Bankausweise seit dem Ausbruche des Krieges eingestellt worden sind. Manche Schätzungen, die in dieser Richtung verbreitet sind, werden auf das richtige Maß zurückgeführt werden müssen, und wenn nach dem Kriege die Notenbank einen Bericht über ihre Tätigkeit während der harten, schweren Jahre veröffentlichen, so wird es sich zeigen, daß auch bei uns die Ueberzirkulation jener Höhe der Banknotenzirkulation, die vor dem Kriege ausgewiesen wurde, verhältnismäßig kaum viel stärker war als in anderen Ländern. Hat sich doch in England durch die Ausgabe der Staatsnoten, die keine andere Deckung als das Gold der Notenbank besaßen, der Notenumlauf während des Krieges vervierfacht, bei der Bank von Frankreich fast verdreifacht, und selbst bei der Deutschen Reichsbank ist eine Verdreifachung der Zirkulation eingetreten. Die Inflation ist eben eine Folgeerscheinung des Krieges in allen Staaten. Naturgemäß wird im Frieden die Einziehung der Noten allmählich erfolgen müssen. Allerdings ist zu bedenken, daß der Notenumlauf auch nach dem Kriege einen namhaft größeren Betrag als vorher durch längere Zeit wird festhalten müssen. Die Warenpreise sind außerordentlich stark gestiegen und werden nur allmählich abgebaut werden können. An die Stelle des Kreditverkehrs ist die Barzahlung getreten, welche viel mehr Geldmittel erfordert und gleichfalls erst allmählich wieder Geschäftsabschlüssen auf längere Borgung wird Platz machen können. Zu der Verringerung des Notenumlaufes könnte sicherlich auch beitragen, wenn es gelingen würde, in weiten Kreisen dem bargeldlosen Zahlungsverkehr Eingang zu verschaffen. In Deutschland ist eine höchst energische Agitation in dieser Richtung eingeleitet worden. Oesterreich hat zwar mit dem Ueberweisungsverkehr der Postsparkasse schon vor dreißig Jahren den Anfang gemacht und ist in dieser Richtung Deutschland voraus gewesen, während in Deutschland der Giroverkehr der Reichsbank und der Scheckverkehr der Banken viel weiter ausgebaut sind. Eine Popularisierung des Giro- und Scheckwesens ist bei uns noch dringender notwendig als in anderen Ländern. Wird diese eingeleitet und zielbewußt durchgeführt, so würde sich dadurch von selbst ein starker Rückfluß der Noten und eine Einschränkung des Umlaufes ergeben. Durch eine Gesundung des Geldwesens würde die drückende Teuerung aller Lebensmittel eingebremst und ein allmähliches Sinken der Preise angebahnt werden.

Die letzte Stufe nach dem Uebergange zur Friedenswirtschaft wird die Wiederherstellung der Währung sein. Das große Werk der Valutaregulierung, das in der Entwicklung eines Zeitraumes von beinahe einem Vierteljahrhundert zu hoher Vollkommenheit gebracht worden war, ist durch den Krieg zerrüttet worden. Die Parität der Wechselkurse ist verloren gegangen und wird erst in mühsamer, zäher Arbeit wieder erobert werden müssen. Ähnliche Sorgen bedrücken auch andere Staaten, namentlich auch Deutschland, das seinen Export im Kriege zum großen Teile verloren hat. Auch die deutschen Devisen auf neutrale Länder, auf Holland, die Schweiz, Skandinavien und Amerika stehen erheblich über der Parität, und auch in Deutschland werden angesichts der Schwierigkeiten, die der Wiederherstellung des Exports entgegenstehen, die Wechselkurse nicht leicht und jedenfalls nicht sofort ins Gleichgewicht gebracht werden können. In Oesterreich sind die Schwierigkeiten stärker als auswärts. Unser Export hatte auch vor dem Kriege keine besondere Schwungkraft, und vorläufig werden Exportgüter überhaupt so gut wie anständig fehlen, da wir unsere Rohvorräte erschöpft haben und zumindest im ersten Jahre große Mengen von Rohstoffen werden importieren müssen, was neuen Bedarf an auswärtiger Valuta schaffen wird. Ein planmäßiges Vorgehen, eine genaue Regelung des Rohstoffimports, die Einschränkung dieser Bezüge auf reine Produktionsmittel, eine gute Förderung des Exports, endlich für die Uebergangszeit der Abschluß einer auswärtigen Goldanleihe werden aber herzlich imstande sein, nach und nach auch dieser großen Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Bevölkerung und namentlich die finanziellen Kreise können die Tätigkeit der Regierung unterstützen. Sie sollen in berechtigtem Vertrauen im Staate und zur Wiederherstellung der Währung Vermögensanlagen im Auslande nach Möglichkeit vermeiden, schon bestehende Anlagen dieser Art lösen, auswärtige Wertpapiere verkaufen, was bei dem gegenwärtigen Stande der Kurse der Effekten und der Valuten mit Vorteil verbunden

ist. Die Mittelmächte werden die Einfuhr der notwendigen Rohstoffe aus überseeischen Ländern unter staatlichen Einfluß nehmen, jeden Wettbewerb vermeiden, um die Preise nicht noch mehr in die Höhe zu treiben, den relativ geringen zur Verfügung stehenden Schiffsraum vernünftig aufzuteilen, die Frachten nicht ins Ungemessene steigen zu lassen und die vorhandenen Devisen für die wirklich wichtigen Bedürfnisse zu verwenden. So sehr ich sonst jede staatliche Bevormundung im wirtschaftlichen Leben ablehne, so liegt hier ein Ausnahmefall vor, da es ohne eine solche Beschränkung für das Uebergangsstadium gar nicht abgehen kann. Den Kaufpreis der aus dem Auslande zu beschaffenden Rohstoffe können wir bei einem beschränkten Vorrat auswärtiger Zahlungsmittel nicht sofort in barem Gelde begleichen und müssen die Borgung anstreben; in den Rohstoffkäufen muß eine große auswärtige Anleihe Hand in Hand gehen. Dabei würde ich empfehlen, daß die Anleihe in ihrem Gesamtbetrage höher gegriffen werden soll, als der Zahlungsbedarf für die Rohstoffbezüge erfordert. Der Ueberschuss soll zur Erfüllung der dringendsten auswärtigen Verpflichtungen verwendet werden, die während des Krieges nicht abgestattet werden konnten. Schon aus der Zeit vor dem Kriege hatten größere Beträge in Londoner Tratten aus, deren Ablauf und Abwicklung durch den Krieg unterbrochen wurde; im Kriege selbst wurden Verpflichtungen an feindliche Untertanen nicht abgezahlt. All dies muß nach dem Frieden beglichen werden; wir müssen Luft schöpfen können, damit wir später in die Lage kommen, die regelmäßigen Zahlungen aufzunehmen. Zur Herstellung geordneter Verhältnisse der Wechselkurse muß der gleiche Weg betreten werden wie bei der Einleitung der Valutaregulierung, nämlich der Abschluß einer auswärtigen Anleihe, nur daß es sich hier um namhaft größere Summen handeln wird. Wenn die Regierungen bei den Bedingungen nicht allzu kleinlich sein werden, halte ich das Problem für gar nicht unlösbar. Man muß über die Schwierigkeiten der ersten Jahre hinwegkommen, bis sich Volkswirtschaftsleben und Staatsfinanzen wieder in normalen Bahnen bewegen können. Budget, Notenumlauf, Währung sind die drei großen staatsfinanziellen Probleme. An ihre Lösung kann naturgemäß erst im Frieden geschritten werden. Die restliche Zeit des Krieges muß aber dazu verwendet werden, das Verständnis für diese Frage in weitere Kreise zu tragen, über die Mittel Klarheit zu gewinnen, alle vorbereitenden Maßregeln zu treffen, damit dann unverzüglich und ohne Zeitversummnis an die Ausführung geschritten werden kann.